



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17 / 2858
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

ML März 2018

Mein Aktenzeichen 035-S100005-0000-2018
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Philipp Staudinger
Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3432
06131 16-173432

Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung am 15.02.2018
TOP 3: Frauen im rechten Milieu
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
Vorlage 17/ 2622

Sehr geehrter Herr Präsident, *Lubo Henelich,*

in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung am 15.02.2018 wurde zu Tagesordnungspunkt 3 die Übersendung des Sprechvermerks sowie die Mitteilung von Zahlen zu Gewaltverbrechen von Frauen zugesagt. Ich bitte Sie, dies den Mitgliedern des Ausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz
Roger Lewentz





Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung am 15. Februar 2018

TOP 3.: „Frauen im rechten Milieu“

Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 der GOLT

Vorlage 17/ 2622

Der Verfassungsschutz hat den gesetzlichen Auftrag, alle Bestrebungen die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, zu beobachten. Darunter versteht man verfassungsfeindliche und verfassungswidrige, mithin extremistische Bestrebungen. Nicht ausreichend sind hingegen radikale oder populistische Handlungsweisen; sie mögen provokativ oder auch geschmacklos sein und sich regelmäßig am äußersten Randbereich demokratischer Einstellungen bewegen, gleichwohl sind sie von der grundgesetzlich verbürgten Meinungsfreiheit gedeckt und nicht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich daher ausschließlich auf Frauen im rechtsextremistischen, nicht hingegen im rechtspopulistischen Milieu.

Der Anteil weiblicher Personen in rechtsextremistischen Organisationen ist auch in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Männern eher gering. Schätzungsweise handelt es sich maximal bei einem Fünftel der Rechtsextremisten um Frauen, wobei die meisten davon hierzulande bei der NPD zu verorten sind.

Die derzeit hier wohl bekannteste und aktivste Rechtsextremistin ist Ricarda Riefing. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des NPD Landesverbandes und Vorsitzende des Kreisverbandes Westpfalz. In der Bundespartei ist sie als Vorstandsmitglied für die Familienpolitik zuständig. Zudem ist Riefing stellvertretende Bundesvorsitzende des „Ring Nationaler Frauen“, kurz: RNF.

Der „Ring Nationaler Frauen“ wurde 2006 als Unterorganisation der NPD gegründet. Erklärtes Ziel des RNF ist einerseits, die Anliegen und Ziele der Frauen innerhalb der NPD in der Öffentlichkeit zu vertreten, sowie andererseits die Vernetzung aller national denkenden und heimatliebenden Frauen voranzutreiben. Seine Zielsetzungen und Forderungen fasst der RNF auf seiner Homepage wie folgt zusammen:



„Wir erkennen die natürliche Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern an und lehnen daher eine Quotierung ab.

Wir fordern eine echte Wahlfreiheit zwischen frühkindlicher Fremdbetreuung und häuslicher Erziehung und setzen uns deshalb für ein Müttergehalt ein.

Wir wollen das Erbe unseres Volkes bewahren und an unsere Kinder weitergeben; Werte und Traditionen sind uns deshalb ebenso wichtig wie eine sichere Zukunft.“

Mit seinem Leitbild „antifeministisch, traditionsbewusst und volkstreu“ zielt der RNF auf ein konsequent völkisch geprägtes Weltbild ab.

Laut Verfassungsschutzbericht des Bundes hat der RNF bundesweit 100 Mitglieder. Die Aktivitäten des RNF können jedoch als nur sporadisch angesehen werden, während er in Rheinland-Pfalz überhaupt nicht in Erscheinung tritt.

Ricarda Riefling repräsentiert innerhalb der Landes- wie auch der Bundespartei insbesondere die sogenannten „weicheren Themen“ und soll dabei nahbarer und authentischer wirken als ihre männlichen Kollegen.

Die Aktivitäten von Frauen wie Riefling sollen die Glaubwürdigkeit der politischen Themen in der Bevölkerung unterstützen. Ihre Anschauungen werden in der Bevölkerung oftmals eher unterschätzt und als Ausdruck von Besorgnis um soziale Belange wahrgenommen.

In der Szene wird der politische Aktionismus von Frauen zwar grundsätzlich geschätzt und genutzt, langfristig wird jedoch eine Rückkehr deutscher Frauen zu ihrer „Kernaufgabe“ als treusorgende Mütter für den Fortbestand des deutschen Volkes und der „weißen Rasse“ gefordert. Nach Feststellungen des Verfassungsschutzes halten sich Rechtsextremistinnen überwiegend eher im Hintergrund auf und ermöglichen den Männern die ungestörte politische Arbeit.

Was aufgrund dieses Geschlechterverständnisses zunächst harmlos wirken mag, ist in ideologisch-weltanschaulicher Sicht keinesfalls weniger gefährlich. Wissenschaftliche Umfragen belegen, dass Frauen im gleichen Maß wie Männer zu rechtsextremistischen Einstellungen neigen können bzw. neigen. Nach Aufstellung von Frau Prof. Dr. Bitzan von der Technischen Hochschule Nürnberg handelt es sich bei einem Drittel der Wählerschaft von rechtsextremistischen Parteien um Frauen.



Trotz des in Teilen zunehmenden ideologischen weiblichen Engagements lässt sich allerdings feststellen, dass Frauen weitaus seltener als Männer politisch motiviertes strafbares Verhalten an den Tag legen. So waren in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2015 und 2016 jeweils „nur“ 12 Prozent der Tatverdächtigen im Bereich PMK-rechts weiblich. Für das Jahr 2017 scheint sich die Anzahl der weiblichen Tatverdächtigen auf 10 Prozent zu verringern.

Abschließend bleibt festzuhalten: Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die seitens der Landesregierung durch umfassende Präventionsmaßnahmen, konsequentes Eingreifen nach dem Grundsatz „Null Toleranz gegenüber der Intoleranz“ sowie Hilfen für Menschen, die den Ausstieg suchen, erfolgreich unterstützt wird.

Über die allgemein gewaltpräventiven und demokratiefördernden Maßnahmen hinaus sind Beratungs- und Interventionsmöglichkeiten zum rechten Milieu insbesondere im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung angesiedelt. Im dortigen Aussteiger-/Distanzierungsprojekt steht eine weibliche Fachkraft zur Beratung von Klientinnen zur Verfügung.

Innerhalb des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz befasst sich eine Beraterin speziell mit dem Aspekt „Frauen in der extrem rechten Szene“.

Die Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz beobachtet rechtsextremistische Entwicklungen mit großer Sorgfalt. Sie informiert die Bevölkerung, berät die Politik und bietet spezielle Vorträge zum Themenkomplex „Rechtsextremismus und Jugend“ an, die vorwiegend Jugendliche und Lehrkörper als Multiplikatoren ansprechen und auch über die Rolle der Frau in der rechtsextremistischen Szene aufklären.



Beantwortung der Rückfragen:

Nach Rückmeldung des Landeskriminalamts handelt es sich bei den durch Frauen begangenen politisch motivierten Straftaten in den Jahren 2015 und 2016 um folgende Delikte:

	2015	2016
Tötungsdelikte		
Brand-/Sprengstoffanschläge	2	
Körperverletzungen	1	6
Landfriedensbrüche	2	
Andere Gewaltdelikte (Raub etc.)		1
Gewaltdelikte gesamt	5	7
Sachbeschädigungen		
Bedrohungen/Nötigungen	1	1
Störung der Totenruhe		
Volksverhetzungen	14	14
Propagandadelikte	16	9
andere Straftaten	11	17
Straftaten gesamt	47	48